



## **Sozialplanungsprozesse in Kreisen und kreisangehörigen Kommunen. Dokumentation der Fachtagung.**



# Sozialplanungsprozesse in Kreisen und kreisangehörigen Kommunen

## Dokumentation

der Fachtagung des Ministeriums für Arbeit, Integration und  
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

14. November 2014, Düsseldorf



# Inhaltsverzeichnis

Grußwort von Bernhard Pollmeyer

Leiter der Abteilung Soziales im MAIS, NRW

Vortrag von Reiner Limbach

Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Schulen, Dezernat 2,  
Landkreistag NRW

Arbeitsgruppe 1:

Beispiele aus kleinen kreisangehörigen Kommunen: Willich

Stadt Willich: Susanne Kamp, Geschäftsbereichsleiterin Jugend und Soziales, und  
Christina Franken, Geschäftsbereich Jugend und Soziales

Arbeitsgruppe 2:

Beispiele aus größeren kreisangehörigen Kommunen: Viersen und  
Siegen

Stadt Viersen: Manfred Wittmann, Sozialplaner, FB 40 Soziales und Wohnen

Stadt Siegen: Andreas Liedtke, ehemaliger Leiter der dortigen Sozial-, Jugendhilfe  
und Bildungsplanung und jetziger Leiter des Jugend- und Betreuungsamtes des  
Landkreises Ostprignitz-Ruppin

Arbeitsgruppe 3:

Beispiele aus Kreisen: Kreis Euskirchen und Ennepe-Ruhr-Kreis

Kreis Euskirchen: Sabine Sistig, Leiterin des Kommunalen Bildungs- und  
Integrationszentrums (KoBIZ) im Geschäftsbereich III, Bildung, Gesundheit,  
Jugend und Soziales

Ennepe-Ruhr-Kreis: Katrin Johanna Kügler, FB Soziales und Gesundheit,  
Sachgebietsleitung Gesundheits- und Sozialplanung, und Margarethe Kubitzka, FB  
Soziales und Gesundheit, Sachgebiet Gesundheits- und Sozialplanung

## Grußwort von Bernhard Pollmeyer

Leiter der Abteilung Soziales im MAIS, NRW

Bernhard Pollmeyer, Leiter der Abteilung Soziales im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) des Landes Nordrhein-Westfalen, stellt in seinem Grußwort eine Chronologie der Zusammenarbeit beim Thema Sozialplanung zwischen dem Land, den Kommunen und Kreisen dar. Seit 2007 werden ausgewählte Kommunen in die Landessozialberichterstattung eingebunden. Seit 2008 findet jährlich eine Fachtagung mit Kommunen und Kreisen statt. Die Kommunen, Kreise, Fachleute und Vertreterinnen und Vertreter der freien Wohlfahrtspflege setzen sich gemeinsam seit 2010 mit Sozialplanungsprozessen auseinander. Ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist das 2011 erschienene Handbuch „Moderne Sozialplanung“, das vom MAIS herausgegeben wird.

Ende 2013 führte die Fachhochschule Köln im Auftrag des MAIS eine Befragung aller Kommunen in NRW durch, an der von den 427 angeschriebenen Gemeinden 335 teilnahmen. Das Ergebnis: Drei Viertel der Kreise und kreisfreien Städte betreiben bereits Sozialplanung, bei den kreisangehörigen Städten ist diese Zahl mit zehn Prozent allerdings sehr viel niedriger. Die Hälfte wünscht sich mehr Unterstützung vom Land, z.B. in Form einer überregionalen Plattform. Als eine Reaktion auf die Befragung ist eine Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung (FSA) geplant, die zu Beginn des Jahres 2015 ihre Arbeit aufnehmen soll. Konkretes und übergeordnetes Ziel ist die Unterstützung der Armutsbekämpfung vor Ort und die Verbesserung der dortigen Lebensbedingungen. Wesentliche Aufgabe der FSA soll die Beratung und Unterstützung der Kommunen und Kreise bei der Implementierung oder Weiterentwicklung von Sozialplanungsprozessen sein.

Das komplette Grußwort von Bernhard Pollmeyer finden Sie

hier: [http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_pollmeyer.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_pollmeyer.pdf)

## Vortrag von Reiner Limbach

Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Schulen, Dezernat 2,  
Landkreistag NRW

Reiner Limbach, Beigeordneter für Soziales, Jugend, Gesundheit und Schulen, Dezernat 2 im Landkreistag NRW, weist in seinem Vortrag auf die sehr heterogenen kommunalen Strukturen hin, die gezielte Abstimmungsprozesse zwischen Gemeinden, Städten und den Kreisen erfordern. Konkurrenzverhältnisse können diese Abstimmungsprozesse gelegentlich erschweren. Mehrheitlich funktioniert die Zusammenarbeit seiner Aussage nach aber gut. Auch Reiner Limbach geht auf die Strukturanalyse der Fachhochschule Köln ein und nennt zusätzlich die Bereiche, in denen Sozialplanung betrieben wird.

- 87% der befragten Kommunen betreiben Altenhilfeplanung.
- 77% der befragten Kommunen betreiben Hilfeplanung für Menschen mit Behinderung/ Eingliederungshilfeplanung.
- 72% der befragten Kommunen betreiben Jugendhilfe-, Gesundheits- und Schulentwicklungsplanung.
- 32% der befragten Kommunen betreiben Wohnungslosenhilfeplanung und Planung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II.

80% des Aufgabenbestandes der Kreise sind Sozialleistungen. Dies ist auf die demografische Entwicklung, den medizinischen Fortschritt, die gesellschaftliche und finanzielle Segregation und strukturelle Veränderungen der Familien zurückzuführen.

Die Sozialplanung leistet einen wichtigen Beitrag, um ein bedarfsgerechtes, leistungsfähiges, aber auch wirtschaftliches Angebot sozialer Dienstleistungen zu erreichen. Sie hat damit eine wichtige steuerungsunterstützende Funktion, indem Bedarfsuntersuchungen erfolgen, Unterstützungsleistungen aufgebaut und auf ihre Passgenauigkeit überprüft werden. Gerade finanzschwache Kommunen sollten ein Interesse daran haben, bedarfsgerechte Strukturen aufzubauen, um begrenzte Ressourcen optimal einzusetzen, sagt Limbach. Doch da es sich bei der Sozialplanung um eine freiwillige Aufgabe handelt, entscheidet jede Kommune selbst, ob sie dieses Instrument einsetzt. Dies ist seiner Meinung nach auch ein

Grund, weshalb die Sozialplanung in vielen Kommunen in NRW momentan noch ein „Schattendasein“ führt.

Kooperation zwischen den unterschiedlichen Akteuren der Kommunen ist für eine gelingende Sozialplanung unerlässlich. Doch verschiedene Zuständigkeiten erschweren die Zusammenarbeit. Die Sozialplanung stellt ein Instrument der Prävention dar und sollte als „Frühwarnsystem“ genutzt werden.

Die Ausrichtung der Sozialplanung ist immer abhängig von spezifischen Voraussetzungen. Sie ist deshalb als Werkzeugkasten vor dem Hintergrund kommunaler Bedingungen nutzbar:

*„Mit der Sozialplanung begibt sich die Kommune auch aus der Defensive heraus, nur auf steigende Soziallasten reagieren zu können. Damit ist das Instrument der Sozialplanung keineswegs nur für die Kommunen relevant, die sich in einer besonders prekären Finanzsituation befinden oder besonders belastete Sozialstrukturen aufweisen. Vielmehr sollte es ein Regelinstrument sein, das eng mit dem Präventionsgedanken verknüpft ist.“*

Den kompletten Vortrag von Reiner Limbach finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_limbach.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_limbach.pdf)

## Arbeitsgruppe 1

### Beispiele aus kleinen kreisangehörigen Kommunen: Stadt Willich

**Moderation:** Gabriele Schmidt, MAIS

**Referentinnen:** Susanne Kamp, Geschäftsbereichsleiterin Jugend und Soziales, und Christina Franken, Geschäftsbereich Jugend und Soziales der Stadt Willich

**Teilnehmende:** aus den Städten Haltern am See, Kamp-Lintfort, Kempen, Sundern, Willich, Jülich, Burscheid, aus dem Kreis Coesfeld und aus dem Statistischen Landesamt IT-NRW

Susanne Kamp und Christina Franken als Vertreterinnen der kreisangehörigen Stadt Willich im Kreis Viersen stellen als Anschauungsmaterial einige ältere Familienberichte und den Sozialatlas der Stadt Willich vor, der den Familienbericht abgelöst hat und als Dokumentation bzw. Nachschlagewerk und Ergänzung zum fiskalischen Berichtswesen dient. Im Sozialatlas werden Teilflächenpläne zusammengeführt. Der Sozialatlas wird zukünftig in Kapiteln fortgeschrieben, um eine zeitnähere Berichterstattung zu ermöglichen.

Susanne Kamp erwähnt, dass es teilweise wegen überalterter Daten schon zu Kritik am Sozialatlas gekommen ist, weshalb jetzt je nach Datenverfügbarkeit an den einzelnen Kapiteln weitergeschrieben wird. Da es in der Stadt Willich keine eigene abgeschottete Statistikstelle gibt, mussten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Datenerhebung und –auswertung einarbeiten.

### **Fragen zum Vortrag und Diskussion**

**Frage:** *Wie erhalte ich steuerungsrelevante Daten, die wichtig für den Rat und die Entscheidungsträger sind?*

Der Sozialatlas stellt kein Steuerungselement dar, sondern ein Nachschlagewerk bzw. eine Dokumentation. Er liefert Trends und keine spezifischen Daten, muss aber trotzdem intensiv gepflegt werden. Mit dem Sozialatlas können Informationen extrahiert und auf bestimmte Fragestellungen angewendet werden, z.B. für die

Armutsberichterstattung. Hierfür werden die Datenbögen nochmal aktuell aufgearbeitet.

**Frage:** Wie erhalte ich einen Überblick über die Sozialentwicklung? Was gibt es diesbezüglich für Angebote? Häufig fehlt eine Übersicht über die Angebotslage in den Orten.

Diese Übersicht ist sehr mühselig zu erstellen. Besser sind hier Broschüren wie „Was erledige ich wo?“ oder der „Senioren-Wegweiser“. Diese enthalten Angebote kommunaler und freier Träger.

Zu bestimmten Fragestellungen sind also Broschüren vorhanden, die genutzt werden können. Um eine Übersicht aller Angebote erstellen zu können, so Susanne Kamp, ist die Kooperation mit einzelnen Bereichen sehr wichtig. Wie in der folgenden Abbildung deutlich wird, sind diese Kooperationsstrukturen in Willich schon recht gut ausgebaut:



Nur die Kooperation mit dem Bereich Gesundheit stellt sich nach Auskunft von Susanne Kamp in Willich als schwierig dar. Es gibt keine Gesundheitskonferenz oder Gesundheitsberichterstattung. Es wird allerdings daran gearbeitet, ein „Netzwerk Frühe Hilfen“ aufzubauen. Aufgrund fehlender Ressourcen kann sich das Gesundheitsamt aber nur auf Kreisebene einbringen. Zudem ist die Kooperation mit dem Gesundheitsbereich schwierig, da Ärzte usw. nur schwer zur Zusammenarbeit mit anderen Bereichen bewegt werden können. Im Bereich der Pflege dagegen, insbesondere beim Prinzip „*Ambulant vor stationär*“, läuft die Kooperation zwischen Kreis und kreisangehörigen Kommunen gut.

Auch im Bereich Kempen, wird aus der Runde angemerkt, funktioniert die Pflegeplanung gut. Da es keine abgeschottete Statistikstelle gibt, müssen die Daten von außerhalb angefordert werden.

**Frage:** *Ein Problem stellt Jugendhilfeplanung dar. Hier werden Statistiken erhoben und auch angewandt, z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe. Aber wie kann verhindert werden, dass diese doppelt dargestellt werden?*

Hier ist die Kunst die Verknüpfung der Daten, auch wird die Bedeutung der Kooperation wieder deutlich, um doppelte Arbeit zu verhindern.

**Frage:** *Weshalb werden Menschen mit Behinderung in Sozialberichten kaum erwähnt?*

Es liegen nur Daten über schwerbehinderte Menschen vor, die Gesamtdaten von Menschen mit Behinderung werden nicht erfasst. Dies müsste eigentlich neu eingeführt werden, allerdings besteht hier das Problem des Datenschutzes in kleinen Sozialräumen. Es ist leicht zurückzuverfolgen, welche Menschen gemeint sind, wenn von Menschen mit Behinderung gesprochen wird, was sicher nicht im Interesse der Betroffenen ist.

Ein weiteres Problem ist, dass die Daten für die Schwerbehindertenstatistik nur alle zwei Jahre erhoben werden. Ohne die Daten ist allerdings keine bedarfsgerechte Planung oder Handlungsempfehlung möglich. Deshalb müssen Daten eventuell auf freiwilliger Basis erhoben werden.

**Frage:** *Wo beginne ich mit der Sozialplanung? Welche Daten müssen erhoben werden, um an Räte und Mitarbeiter heranzutreten?*

Als Basis sollte mit leicht zugänglichen Daten gearbeitet werden. Demografische Daten der Stadt sind zum Beispiel leicht ermittelbar, auch die kommunalen Daten aus den eigenen Bereichen. „Klein anzufangen“ ist vorteilhafter, da bei komplizierten und großen Datenmengen schneller Frustration einsetzt und der Sinn der Datenerhebung verlorengeht.

**Frage:** *Sollte ein (Leit-)Ziel für die Sozialplanung entwickelt werden? Wozu brauche ich welche Daten?*

Es gab bereits Zielentwicklungsprozesse, die im Jahr 2012 erstmals umgesetzt werden sollten. Dies fand allerdings keinen Einzug in die politische Willensbildung. Es ist ein Grundstock an Daten notwendig, damit anlassbezogen darauf zurückgegriffen werden kann und Korrelationen bzw. Zusammenhänge gefunden werden können.

**Frage:** *Nach welchen Kriterien werden Versorgungsräume gebildet?*

Die Versorgungsräume in Willich wurden nach Ortsteilen gegliedert. Aus vier Ortsteilen wurden fünf Sozialräume gebildet, da ein großer Stadtteil geteilt wurde.

Als Beispiel benennt Susanne Kamp das Projekt „Miteinander leben und altern“. Teilweise werden Straßenzüge und Quartiere auch anlassbezogen unterteilt, allerdings müssen dann immer die gewachsenen Strukturen der Ortsteile berücksichtigt werden. Hier ist aber auch manchmal die Anpassung bzw. Veränderung notwendig und der Blick darauf, ob Angebote noch zeitgemäß sind. Wendet man georeferenzierte Darstellungen an, dann ist durch die räumliche Darstellung von Sozialdaten auch eine andere Aufteilung von Versorgungsräumen möglich. Die Anwendung von georeferenzierten Daten steckt aber noch „in den Kinderschuhen“.

Aus der Runde gibt es die Anmerkung, dass ein Problem bei der Auswertung der Daten nach Stadtteilen die unterschiedlichen Problemlagen der Stadtteile sind. Ein Stadtteilbezug ist zwar bei der Auswertung der Daten vorhanden, wird aber in der

Planung von Projekten nochmals kontrolliert. Geht es beispielsweise um die Spielraumplanung, so werden Radien um die vorhandenen Spielplätze gezogen und überprüft, wie viele Kinder in diesem Bereich fußläufig zum Spielplatz wohnen.

Die Analyse der Daten einzelner Stadtteile ist zunehmend auch für die Beantragung von Geldern von Bedeutung. Beispielsweise wird der Armutsindex durch die Analyse der Quartiere gebildet. Die zur Verfügung gestellten Mittel des Landes sollen zukünftig verstärkt in die benachteiligten Quartiere fließen. Hierfür müssen die Kommunen eine Benachteiligung von Quartieren nachweisen können.

**Frage:** *Wie gut kommt man an georeferenzierte Daten heran und wo bekommt man sie kostenlos? Welche Vorteile bieten sie?*

Wie leicht man die Daten bekommt, hängt vom „Herrscher“ über die Daten ab. Es ist ein Datenlieferungsvertrag mit dem Bundesamt für Statistik notwendig.

Durch die Straßenschlüssel können die Daten passgenau dargestellt und gegebenenfalls unterschiedliche Daten übereinandergelegt werden, was allerdings sehr aufwendig ist und ein gewisses Knowhow erfordert. Hierfür ist die enge Zusammenarbeit mit der Stadtplanung notwendig.

**Frage:** *Wie gestaltet sich die Beteiligung der unterschiedlichen Akteure in der Stadt Willich?*

In Willich vereinfacht die Überschaubarkeit der Kommune die Verknüpfung unterschiedlicher Themen. Teilweise sind Personen für mehrere Themen zuständig und kennen sich dort aus. Die Planerinnen und Planer der Stadt haben immer den Bezug zur Handlungsebene und kennen sich auf der operativen Ebene aus. Die Kooperation mit der Stadtplanung ist durch die günstigen Strukturen der Stadt Willich schon immer sehr gut.

**Frage:** *Inwieweit werden die Bürgerinnen und Bürger in die Sozialplanung eingebunden?*

In der Stadt Willich gibt es kein Kinder- und Jugendparlament mehr, da die Umsetzung von Beschlüssen zu lange gedauert hat und die Zielgruppe manchmal

schon nicht mehr da war. Generell werden parlamentsähnliche Strukturen vermieden und es wird eher projektbezogen angesetzt. Beispielsweise wurden vor dem Neubau eines Spielplatzes Familien und Kinder bei einem Stadtfest an der Planung beteiligt. Auch die Bürgerversammlung „Miteinander leben und altern“ stellt eine Beteiligungsplattform dar. Prinzipiell macht die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Spaß, braucht aber auch Zeit. Die Beteiligung sollte eher in kleinen Ansätzen geschehen und am Ende sollte auch zeitnah ein Ergebnis sichtbar werden.

**Frage:** *Inwieweit findet eine Zusammenarbeit zwischen dem Kreis und den kreisangehörigen Kommunen statt?*

Die Leiterinnen und Leiter der Jugendämter treffen sich drei- bis viermal im Jahr und tauschen sich zu aktuellen Fragen aus. Auf der Sozialamtsebene ist die Zusammenarbeit noch ausbaufähig, die vorhandene Struktur ist aber gut.

Und auch in der Pflege- und Altenhilfeplanung läuft es gut, da hier immer wieder gute Inputs von außen kommen. Der Zeitaufwand in den einzelnen Arbeitsgruppen ist allerdings sehr hoch.

**Abschließende Frage:** *Was würde den Kommunen helfen außer Geld?*

Verschiedene Teilnehmende der Arbeitsgruppe äußern, dass die Orientierung in der Sozialplanung schwierig ist. Zwar sind die Berichte vorhanden, aber kumulierte Arbeitshilfen werden als wünschenswert betrachtet. Konkret werden auch Hinweise zur Umsetzung und Realisierung vor Ort für sehr nützlich gehalten. Die Homepage des MAIS hierzu wird als sehr passend und hilfreich beschrieben.

Zusammenfassend wird deutlich, dass günstige Strukturen die Kooperation und Zusammenarbeit in unterschiedlichen Bereichen vereinfachen und eine gute Planung ermöglichen. Aktuelle Daten sind hier sehr wichtig und müssen stets angefordert und überarbeitet werden. Die Nutzung von georeferenzierten Daten eröffnet neue Möglichkeiten. Das Thema Armutsbekämpfung ist von Bedeutung für alle Städte und Kommunen. Selbst „gut situierte Städte“ sollten diese Thematik in den Fokus rücken. Armut ist kein Makel, sondern es geht vielmehr darum, ob man produktiv mit den Problemlagen umgeht oder sie ignoriert und dadurch

verschlimmert. Hilfe und erste Ansätze für die Sozialplanung bietet die Homepage des MAIS.

Informationen zum Sozialatlas der Stadt Willich finden Sie hier:

*<https://www.stadt-willich.de/de/freizeitundfamilie/sozialatlas/>*

Den kompletten Powerpoint-Vortrag von Susanne Kamp finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_kamp.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_kamp.pdf)

## Arbeitsgruppe 2

Beispiele aus größeren kreisangehörigen Kommunen:

Stadt Viersen und Stadt Siegen

**Moderation:** Linda Gisewski, MAIS

**Referenten:** Manfred Wittmann, Sozialplaner des FB 40 Soziales und Wohnen bei der Stadt Viersen

Andreas Liedtke, ehemaliger Leiter der Sozial-, Jugendhilfe und Bildungsplanung Siegen und derzeit Leiter des Jugend- und Betreuungsamtes des Landkreises Ostprignitz-Ruppin in Brandenburg

**Teilnehmende:** aus den Städten Iserlohn, Gütersloh, Wuppertal, Dinslaken, Emsdetten, aus dem Kreis Warendorf, aus dem Sozialverband VdK NRW, dem Landschaftsverband Rheinland und dem Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

### **Beitrag Manfred Wittmann**

Zunächst gibt Manfred Wittmann einige allgemeine Informationen zu Sozialplanungsprozessen in der Stadt Viersen, bevor er zwei konkrete Maßnahmen vorstellt, die er in seiner Funktion als Sozialplaner mitentwickelt hat. Die Stadt Viersen ist mit rund 75.000 Einwohnern die größte kreisangehörige Stadt im Kreis Viersen. Der Kreis Viersen umfasst darüber hinaus die kreisangehörigen Städte Kempen, Nettetal, Tönisvorst und Willich sowie die Gemeinden Brüggen, Grefrath, Niederkrüchten und Schwalmtal. Im Organigramm der Stadt Viersen ist die Sozialplanung nicht abgebildet. Planungsprozesse sind nicht klar ausgearbeitet. Ein weiterer Aspekt besteht darin, dass auch Kooperationsbeziehungen zwischen den kreisangehörigen Städten und Gemeinden denkbar sind. Hier bestehen aber keinerlei Regelungen.

Manfred Wittmann präsentiert die folgenden vier Thesen, die sich auf Schwierigkeiten in der Praxis der Sozialplanung beziehen und darüber hinaus Forderungen beinhalten, wie sich die Sozialplanung zukünftig sinnvollerweise entwickeln sollte:

#### These 1

*Unklare Aufgabenprofile erschweren die Identifizierung von und Zusammenarbeit an Schnittstellen zwischen Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden.*

*These 2*

*Die Funktion von Sozialplanung als strategischem Instrument muss weiter gestärkt werden.*

*These 3*

*Der Kontakt zur operativen Basis und zum Bürger muss ausgebaut werden.*

*These 4*

*Sozialplanung in einer kreisangehörigen Stadt / einer kreisangehörigen Gemeinde hat mit dem Quartier / dem Bürger vor Ort z.T. einen zusätzlichen Kooperationspartner, den eine Sozialplanung auf Kreisebene nicht hat.*

Ergänzend hält der Sozialplaner fest, dass Sozialplanung Entwicklungen und Probleme frühzeitig erkennen muss, um rechtzeitig und falls möglich auch präventiv Maßnahmen zum Gegensteuern entwickeln zu können.

Anschließend präsentiert Manfred Wittmann einen Ausschnitt seiner Tätigkeiten und geht dabei insbesondere auf den Integrationsatlas und die Nahversorgung im Stadtteil Boisheim ein.

Bei dem Integrationsatlas, der seit dem Jahr 2008 existiert, handelt es sich um ein Informationsportal für Bürgerinnen und Bürger zum Thema Migration und Integration. Potenzielle Nutzer dieses Informationsportals sind sowohl Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund, die ein spezielles Angebot suchen, aber auch Fachkräfte im Bereich der Integrationsarbeit. Der Integrationsatlas beinhaltet alle Angebote und Anlaufstellen zum Thema Migration und Integration. Die Informationen sind als PDFs auf Deutsch, Englisch, Französisch, Türkisch und Russisch zum Download verfügbar. Die Umsetzung wurde mit Mitteln aus dem Programm KOMM-IN NRW gefördert.

Zunächst wurden alle relevanten Einrichtungen angeschrieben und um eine Beschreibung ihres Angebots nach einem vorgegebenen Muster gebeten. Die Übersetzung der eingereichten Beschreibungen erfolgte in Selbstorganisation. Da sich Angebote im Laufe der Zeit verändern, ist eine regelmäßige Aktualisierung der Beschreibungen erforderlich. Die Förderung aus dem Programm KOMM-IN

NRW richtete sich allerdings lediglich auf den Aufbau des Portals. Die Pflege und Aktualisierung des Portals ist somit nicht mehr finanziell gefördert.

Die starke Angewiesenheit auf Dritte stellt einen weiteren "Stolperstein" dar. Bedeutende Kooperationspartner bei dem Geoinformationssystem sind die Kreis-GIS-Konferenz, das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein KRZN und letztlich auch das Verständnis der beauftragten Programmierer und Programmiererinnen für die Aufgabenstellungen.

Zur Messung und Evaluation des Angebots wird eine Auszählung der heruntergeladenen Informationsblätter vorgenommen. Hierbei wird sowohl die Art des Angebots als auch die Sprache, in der die Informationen abgerufen werden, registriert. Die Entwicklung und Etablierung eines ähnlichen Informationsportals für Seniorinnen und Senioren ist in Planung.

Informationen zum Integrationsatlas finden Sie hier:

*[http://www.geoportal-](http://www.geoportal-niederrhein.de/Integrationsatlas/AllgemeineInfos/Flyer_Integrationsatlas.pdf)*

*[niederrhein.de/Integrationsatlas/AllgemeineInfos/Flyer\\_Integrationsatlas.pdf](http://www.geoportal-niederrhein.de/Integrationsatlas/AllgemeineInfos/Flyer_Integrationsatlas.pdf)*

Ursprung des entwickelten Konzepts zur Nahversorgung im Viersener Stadtteil Boisheim ist der Sozialbericht aus dem Jahr 2003. In diesem Bericht wird erstmals das Phänomen des demografischen Wandels thematisiert. Im 2005 erschienenen Bericht zur demografischen Entwicklung in Viersen werden dieses Phänomen und die damit verbundenen Probleme immer deutlicher. Der Bericht beinhaltet daher 60 verschiedene Handlungsempfehlungen, wie die Konsequenzen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, minimiert werden können. Eine Handlungsempfehlung bezieht sich darauf, Überlegungen und Strategien für die Nahversorgung im Stadtteil Boisheim zu entwickeln, da der Bericht aufgedeckt hat, dass dort Verbesserungsbedarf besteht und sich die Lage wahrscheinlich zukünftig weiter verschlechtern wird. Im Jahr 2011 wird daraufhin ein Arbeitskreis im Dezernat III gegründet, der der Entwicklung eines innovativen Konzepts zur Sicherung der lokalen Nahversorgung im Stadtteil Boisheim dient. Als Ergebnis präsentiert diese Arbeitsgruppe das Konzept eines durch Bürgerinnen und Bürger selbstorganisierten Versorgungszentrums. Zur Absicherung des entwickelten

Konzepts wird die Boisheimer Bevölkerung in die Entwicklungen eingebunden und der Bedarf nach einem derartigen Zentrum erfragt. Die Idee trifft auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung.

Das entwickelte Konzept fußt auf fünf Säulen, die der allgemeinen Steigerung der Lebensqualität im Stadtteil dienen sollen:

1. Lebensmittel
2. Dienstleistungen
3. Sozial-medizinische Versorgung
4. Kulturangebot
5. Kommunikation

Das „DORV-Zentrum“ (**D**ienstleistung und **o**rtsnahe **R**undum-**V**ersorgung) bietet nicht nur Einkaufsmöglichkeiten, sondern auch die Möglichkeit, an Kulturveranstaltungen teilzunehmen oder verschiedene Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Zusätzlich bietet ein Café die Möglichkeit für die Bewohnerinnen und Bewohner, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

Die Aufbauphase des Zentrums wurde durch ein Forschungsprogramm begleitet.

Hier ist der Impuls von der Stadtverwaltung, darunter auch der Sozialplanung, gekommen. Die Bürger sollen das Projekt zunehmend mehr in die eigenen Hände nehmen - und tun das auch. Das Ziel der Sozialverwaltung besteht darin, im Sinne eines "Empowerments" die Eigenkräfte zu stärken und sich selber zunehmend zurück zu ziehen. Bei Bedarf erfolgt selbstverständlich eine Unterstützung.

Informationen zum DORV-Zentrum finden Sie hier:

*<http://www.dorv.de/>*

Nach seinem Vortrag betont Manfred Wittmann, dass man als Sozialplaner die relevanten Themen weitgehend selbst identifizieren muss. Gerade, wenn es um die Auswirkungen von gesellschaftlichen Veränderungen geht, handelt es sich in der Regel nicht um die Bearbeitung von Aufträgen, sondern um die Identifizierung relevanter Problemstellungen und die Neuentwicklung und Konzeptionierung entsprechender Maßnahmen. Eine Rückkopplung der entwickelten Themen mit

politischen Entscheidungsträgern ist sowohl im Vorhinein als auch im Nachhinein denkbar. Im Sinne der Legitimation der entwickelten Themen ist eine möglichst frühzeitige Rückkopplung allerdings empfehlenswert.

Den kompletten Powerpoint-Vortrag von Manfred Wittmann finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_wittmann.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_wittmann.pdf)

### **Beitrag Andreas Liedtke**

Anschließend berichtet Andreas Liedtke von seiner Tätigkeit als Leiter der Sozial-, Jugendhilfe und Bildungsplanung der Universitätsstadt Siegen. Siegen ist eine große kreisangehörige Stadt und Kreisstadt des Kreises Siegen-Wittgenstein im Regierungsbezirk Arnsberg. Seit dem Jahr 2011 ist die Einwohnerzahl auf unter 100.000 gesunken.

In seinen Ausführungen geht der Sozialplaner vor allem auf den Armutsbericht aus dem Jahr 2013 ein, der im Kontext seiner Tätigkeit bei der Stadt Siegen entstanden ist und einen Einstieg in eine regelmäßige Sozialberichterstattung in Siegen markiert. Im Fokus des Berichts steht die Frage, was bzw. welche Maßnahmen zur Armutsbekämpfung für die Betroffenen zielführend sind.

Aus diesem Grund sind qualitative Interviews sowohl mit von Armut Betroffenen als auch mit Fachkräften wie beispielsweise der Schuldner- und Insolvenzberatung geführt worden. In den Interviews mit Fachkräften sind unter anderem Ideen zur Bekämpfung von Armut entwickelt worden. Einige Ideen sind nachfolgend aufgeführt:

- *Bessere Vernetzung der Akteure*
- *Sozialräumliche Präventionsangebote*
- *„mehr“ Bildung*
- *Wohnbauentwicklungskonzepte*
- *Soziale Durchmischung in Stadtteilen fördern*
- *Betreuungsmöglichkeiten fördern*
- *Beratungsangebote fördern*
- *Angebote wohnortnah erbringen*

Darüber hinaus ist es Aufgabe des Berichts darzustellen, wo in Siegen die Lebensbedingungen vorteilhafter sind und die Gründe für diese Unterschiede zu identifizieren. Daher gliedert sich der Armutsbericht in zwei Teile:

Teil 1:

*Definitionen und Zusammenfassungen der wesentlichen quantitativen Aussagen des Berichts (ergänzt um qualitative Aussagen und Ideen zur Armutsbekämpfung)*

Teil 2:

*quantitative Sozialberichterstattung für verschiedene Bereiche und daraus resultierende Ortsprofile*

Der zweite Teil des Berichts enthält unter anderem Angaben zu den Themen materielle Armut, Arbeitslosigkeit, Kinderarmut, Bildungsbenachteiligung, Altersarmut, Wohnen, Gesundheit, Soziale Teilhabe, Integration und Inklusion.

Außenstehende erwarteten im Kontext der Armutsberichterstattung die Berechnung einer Armutsgefährdungsquote für Siegen, was aufgrund fehlender Daten nicht realisiert werden konnte. Durch die Nutzung vergleichbarer Sekundärdaten wurde allerdings ein Armutsindex errechnet. „Zielsetzung bei der Erstellung dieses Armutsindex war es, einen kompakten, übersichtlichen Indikator für Armut bzw. Armutsgefährdung zu entwickeln. Damit sollen Stadtbezirke/Stadtteile ‚auf einen Blick‘ hinsichtlich der Armut oder Armutsgefährdung ihrer Einwohner einschätzbar werden“ (Armutsbericht 2013, Stadt Siegen, der Bürgermeister, Fachbereich 5 - Soziales, Familien, Jugend, Wohnen, S.37). Dieser Armutsindex wurde aus folgenden vier Indikatoren errechnet: SGB-II-Quoten, Arbeitslosenrelationen, Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund und Anteil der Alleinerziehenden.

Zusammenfassend präsentiert Andreas Liedtke drei Fragestellungen, die im Zuge der Erstellung des Armutsberichts aufgetaucht sind und zukünftig thematisiert werden müssen:

- 1. Werden die Einwohnerinnen und Einwohner durch die derzeitigen Strukturen gut erreicht?*
- 2. Fördert die Kommune zielgerichtet die „richtigen“ Angebote und Maßnahmen von freien Trägern?*

3. *Sind unsere Planungsansätze so übergreifend und integriert wie es erforderlich ist?*

Den Armutsbericht 2013 der Stadt Siegen finden Sie hier:

<http://www.siegen.de/ols/page.sys/formularID=896/282.htm>

## **Diskussion**

An die Beiträge von Manfred Wittmann und Andreas Liedtke schließt sich eine Diskussion an, die anhand verschiedener Fragestellungen strukturiert ist.

***Diskussionsfrage 1:*** *Wie sollte die Beteiligung von Betroffenen idealerweise gestaltet werden? Welche Erfahrungen haben Sie mit verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung gemacht?*

Andreas Liedtke berichtet daraufhin von den Problemen, von Armut Betroffene für ein Interview im Zuge der Erstellung des Armutsberichts zu gewinnen. Da es sich bei Armut um ein sensibles Thema handelt, konnten lediglich drei narrative Interviews mit Betroffenen realisiert werden.

Eine Mitarbeiterin des VdK NRW ist der Meinung, dass Betroffene, die sich beteiligen, auch ernst genommen werden und sich wertgeschätzt fühlen müssten. Ist dies nicht der Fall, würden sie sich zukünftig auch eher nicht mehr zur Verfügung stellen und sich engagieren.

Eine Sozialplanerin der Stadt Emsdetten berichtet von Formen zur Bürgerbeteiligung, die sich in Emsdetten als erfolgreich erwiesen haben. Als Beispiel nennt sie den Beirat für Menschen mit Behinderungen. Alle Mitglieder dieses Beirates haben entweder selbst eine Behinderung oder pflegen einen Angehörigen mit einer Behinderung. Es findet eine Ausschreibung statt, woraufhin sich Interessierte unter Angabe der eigenen Behinderung oder der Behinderung des Angehörigen bewerben können. Die Wahl der Mitglieder wird letztendlich vom Sozialausschuss getroffen.

Eine Mitarbeiterin der Stadt Wuppertal merkt an, dass Bürgerbeteiligungsverfahren Geld kosten, das häufig nicht vorhanden ist. Insofern ist auch die Durchführung derartiger Verfahren in der Realität häufig problematisch.

***Diskussionsfrage 2:*** *Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Kreisen und ihren kreisangehörigen Städten? Welche Erfahrungen haben Sie diesbezüglich gemacht?*

Manfred Wittmann hat in seiner beruflichen Tätigkeit als Sozialplaner die Erfahrung gemacht, dass die Kooperation zwischen dem Kreis und der Stadt Viersen letztlich willkürlich ist und durch die Abgrenzung von Einflussphären bestimmt wird. Hier wären Regelungen zu einer tatsächlichen Beteiligung auf Augenhöhe erforderlich, auch um die dominierenden top-down-Strukturen zu überwinden. Als Beispiel nennt er, dass nach der Entwicklung des Integrationsatlasses im Jahr 2008 der Kreis ein ähnliches Angebot schuf. Dabei wurde die bereits geschaffene technische Infrastruktur nicht genutzt, sondern eine Insellösung geschaffen. Er hofft, dass sich mit der Verbreitung sozialplanerischer Kompetenzen auch die Kooperation verbessert.

Andreas Liedtke berichtet seinerseits von der Steuerung der Kommunen durch den Kreis am Beispiel des Jugendförderplans. Der Jugendeinwohnerwert dient als Modell zur sozialräumlichen Verteilung personeller Ressourcen im Bereich der Jugendarbeit. Je nachdem wie der ermittelte Wert ausfällt, wird die Summe errechnet, die der Kommune vom Kreis für Aufgaben der Jugendhilfe zur Verfügung gestellt wird. Dieses Vorgehen lasse sich mit dem Ausdruck „Ungleiches ungleich behandeln“ betiteln.

***Diskussionsfrage 3:*** *Kommunen und Träger der freien Wohlfahrtspflege haben oft konträre Interessen. Welche Erfahrungen haben Sie hinsichtlich der Einbeziehung der freien Wohlfahrtspflege/ freier Träger gemacht?*

Zunächst macht Andreas Liedtke auf das sozialwirtschaftliche Dreiecksverhältnis zwischen Leistungserbringer, Leistungsempfänger und Kostenträger aufmerksam, das als zentraler, die Sozialwirtschaft kennzeichnender Ausgangspunkt betrachtet werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Trägern der freien Wohlfahrtspflege funktioniert nach seiner Erfahrung in der Regel gut.

Manfred Wittmann berichtet daraufhin, dass er in Verbindung mit dem Programm „Soziale Stadt“ ebenfalls positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen

Kommune und Trägern der freien Wohlfahrtspflege gemacht hat. Eine klare Abstimmung von Zuständigkeiten hält er allerdings für unerlässlich, damit es nicht zu Überschneidungen kommt.

***Diskussionsfrage 4: Wo kann das Land die kreisfreien Städte und Kommunen unterstützen?***

Während der Diskussion wird wiederholt deutlich, dass häufig die notwendigen statistischen Daten zur Sozialberichterstattung nicht vorhanden oder verfügbar sind. Von mehreren Seiten wird daher der Wunsch geäußert, dass die erforderlichen Daten vom Land aufbereitet und zur Verfügung gestellt werden sollten.

Da viele Kommunen mit ähnlichen Themen und Problemen zu kämpfen hätten, wäre eine Sammlung relevanter Themen im Sinne einer FAQ-Liste wünschenswert.

Denkbar ist darüber hinaus der Aufbau eines Portals, das zum Austausch genutzt werden könnte. Möglich ist hierbei der Austausch per E-Mail-Verteiler, aber auch die Etablierung regelmäßiger Treffen zum direkten persönlichen Austausch. Die Organisation eines derartigen Portals könnte vom Land übernommen werden. Andreas Liedtke äußert darüber hinaus den Vorschlag, einen Methodenkoffer zu erstellen, der sämtliche Beteiligungsverfahren beinhaltet. Zur Bekanntmachung dieses Methodenkoffers ist dann eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Den kompletten Powerpoint-Vortrag von Andreas Liedtke finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_liedtke.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_liedtke.pdf)

## Arbeitsgruppe 3

### Beispiele aus Kreisen: Kreis Euskirchen und Ennepe-Ruhr-Kreis

**Moderation:** Wolfgang Kopal, MAIS

**Referentinnen:** Sabine Sistig, Leiterin des Kommunalen Bildungs- und Integrationszentrums (KoBIZ) im Geschäftsbereich III, Bildung, Gesundheit, Jugend und Soziales, des Kreises Euskirchen  
Katrin Johanna Kügler, Sachgebietsleitung Gesundheits- und Sozialplanung im Fachbereich Soziales und Gesundheit und  
Margarethe Kubitzka, Fachgebiet Gesundheits- und Sozialplanung im Fachbereich Soziales und Gesundheit des Ennepe-Ruhr-Kreises

**Teilnehmende:** aus den Kreisen Viersen, Mettmann, Höxter, Gütersloh, Recklinghausen, Herford, Euskirchen, dem Hochsauerland-Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Märkischen Kreis, dem Ennepe-Ruhr-Kreis, dem Sozialministerium Schleswig-Holstein und der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)

#### **Beitrag Sabine Sistig**

Im Kreis Euskirchen hat die moderne Sozialplanung ihren Niederschlag nicht nur inhaltlich im Sozialbericht, sondern auch strukturell in der Organisationseinheit „Kommunales Bildungs- und Integrationszentrum (KoBIZ)“ gefunden. Hier sind zur Optimierung der Schnittstellenproblematik die Handlungsfelder des Regionalen Bildungsbüros und des Kommunalen Integrationszentrums, des Integrationsbeauftragten, der Kommunalen Koordinierung für das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ sowie die Sozialplanung und Sozialberichterstattung zusammengefasst worden. Auch die Inklusion im Gemeinwesen wird hier künftig angesiedelt sein. Als Leiterin des KoBIZ im Geschäftsbereich III (Bildung, Gesundheit, Jugend und Soziales) stellt Sabine Sistig zum einen den Planungsprozess des ersten Sozialberichtes 2014 und zum anderen bereits daraus gezogene Konsequenzen in Form von Bestandsanalyse und umgesetzten Maßnahmen und Projekten innerhalb des KoBIZ vor.

## **Planungsprozess des Sozialberichtes**

Als Ziele des vom Kreistag beschlossenen Demografie-Projektes „Sozialbericht für den Kreis Euskirchen“ benennt Sabine Sistig Aufbau und Weiterentwicklung eines integrierten, kleinräumigen und aktuellen sozialen Planungsinformationssystems, mit dessen Hilfe künftige soziale und demografische Entwicklungen zu steuern und zu planen sind. Das mit dem Erstellen des Berichtes beauftragte Unternehmen Empirica aus Bonn hat die Sozialplanerinnen und Sozialplaner des Kreises von der Erhebungsphase bis zur Präsentation begleitet. Die Zusammenarbeit mit Empirica bewertet Sabine Sistig insgesamt als gelungen.

Der Arbeits- und Abstimmungsprozess, an dem die elf kreisangehörigen Städte und Gemeinden, das Jobcenter, die Stabsstelle Struktur und Wirtschaftsförderung und die Politik beteiligt worden sind, hat ein knappes Jahr gedauert. Mit den Kommunen sind in einem Workshop u.a. Inhalte, Sozialräume und Datenquellen festgelegt worden, berichtet die KoBIZ-Leiterin.

Der Bericht umfasst soziodemografische Indikatoren, u.a.:

- Bevölkerungsstruktur und Bevölkerungsentwicklung,
- Erwerbs- und Einkommenssituation,
- Beschäftigung und Arbeitslosigkeit,
- Soziales,
- Gesundheitliche Lage (Schuleingangsuntersuchungen),
- Bildungssituation.

Grundlage des Berichtes sind Daten von 2006 bis 2012 aus der amtlichen Statistik IT-NRW, dem Zensus, dem Kommunalen Datenverarbeitungszentrum in Frechen, aus dem Jugendhilfe- und Gesundheitsbericht, der Pflegebedarfsplanung des Kreises usw. Zum Vergleich sind Nachbarkreise aus NRW und Rheinland-Pfalz räumlich miteinbezogen worden. Den Einsatz des dv-gestützten Informationssystems KECK-Atlas (Kommunale Entwicklung – Chancen für Kinder) der Bertelsmann Stiftung lobt die Sozialplanerin aufgrund der vielfältigen grafischen Darstellungsmöglichkeiten.

## **Ergebnisse des Sozialberichtes**

Die Ergebnisse des Sozialberichtes bestätigen die schon bestehenden Erkenntnisse und Aktivitäten im Umgang mit den demografischen Veränderungen, die bereits durch die „DemografieInitiative“ angestoßen worden sind. Da die Daten auch Grundlage für die Querschnitts-Projekte "Kommunales Integrationszentrum" und "Kommunale Koordinierung - Übergang Schule-Beruf" sind, werden nun insbesondere zwei Handlungsfelder in den Fokus des KoBIZ gerückt:

### **1. Die selektive Wanderung junger Menschen**

Der Sozialbericht hält fest, dass viele erfolgreiche Schulabgängerinnen und Schulabgänger den Kreis zum Studieren verlassen und dass dadurch eine selektive Zusammensetzung junger Erwerbstätiger in Ausbildung und Beruf entsteht, häufig auch junger Erwerbstätiger mit Migrationshintergrund. Der Übergang von der Schule in den Beruf hat deshalb eine besondere Bedeutung für den Arbeitsmarkt im Kreis Euskirchen und soll durch die bessere Verknüpfung von Schulen und Unternehmen vor Ort besser gemeistert werden. Aus der selektiven Zusammensetzung junger Menschen für den Arbeitsmarkt kann zudem gefolgert werden, dass gerade die Weiterqualifikation zuwandernder junger Menschen in die Gemeinden des Kreises eine Chance darstellen kann. Dabei soll es gerade um die jungen Erwerbstätigen gehen, die bereits in den Unternehmen (mit „einfachen Arbeiten“) tätig sind und im Job systematisch weiterqualifiziert werden. Vgl. Sozialbericht 2014, S.121.

### **2. Punktuelle Bildungsherausforderungen**

Die sozialräumliche Beobachtung zeigt gerade in der frühen Bildung einzelne Problembefunde, heißt es im Sozialbericht. Erkennbar ist die leichte Zunahme von schwächerem Bildungshintergrund bei Eltern mit Migrationshintergrund, was sich später beim Schuleingang der Kinder bemerkbar macht. Da sich vergleichbare Problembefunde auch kleinräumig häufen, sollen die betroffenen Grundschulen, Kitas und Quartiere, besonders in Euskirchen, entsprechend identifiziert werden, so dass hier gezielt unterstützt und gefördert werden kann. Ganztagsangebote in Kombination mit der Öffnung der Schule und mit qualifizierter Einbindung außerschulischer Partner sowie eine intensive Elternarbeit sind dabei

Erfolgskriterien, um Integration und Bildungschancen systematisch zu verbessern.  
Vgl. Sozialbericht 2014, S. 121f.

## **Sozialplanung**

Auf der Grundlage der Ergebnisse seiner Sozialberichterstattung hat der Kreis Euskirchen unter der Fragestellung „Was haben wir schon? Was brauchen wir noch?“ verschiedene Projekte verstetigt bzw. neu in seine Sozialplanung aufgenommen. Für einen erfolgreichen **Übergang von der Schule in den Beruf** stellt Sabine Sistig stellvertretend folgende Projekte vor:

- Komm auf Tour,
- Kompetenzwerkstatt,
- Girls´ und Boys´ Day,
- KURS-Lernpartnerschaften,
- Berufswahl-SIEGEL,
- Ausbildungsbörse,
- Informationsveranstaltung „Duales Studium“ für Schülerinnen und Schüler,
- Informationsveranstaltungen zur Berufs- und Studienorientierung für Eltern,
- Qualifizierung der Studien- und Berufswahlkoordinatoren,
- Konsensrunde „Jugendhaus“,
- Umsetzung des Landesvorhabens „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA):
  - Potenzialanalyse und Berufsfelderkundung in Jahrgang 8,
  - passgenaue Übergangsangebote mit beruflicher Perspektive,
  - Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung.

**Im Bereich Bildung und Mehrsprachigkeit** zugunsten aller Bevölkerungsgruppen für den sozialen und interkulturellen Frieden nennt die KoBIZ-Leiterin:

- Unterstützung der Schulaufsicht bei der Seiteneinsteigerberatung und bei der Einrichtung von Internationalen Förderklassen unter Einbeziehung des Ehrenamtsprojektes „SmiLE“ (Sprachliche Bildung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern vor allem im ländlichen Raum des Südkreises durch Ehrenamtliche),
- „Rucksack-KiTa“ - „Rucksack – Grundschule“,
- „QuisS“ – Schulprojekt: „Qualität in sprachheterogenen Schulen“,

- Projekt „Stadtteilmütter“ in Kooperation mit kreisangehörigen Kommunen,
- Haus der kleinen Forscher in Kitas und Transfer in Grundschule,
- MINTeinander,
- Englischkontinuum im Übergang Grundschule – SI,
- AK Elterndelegierte.

Projekte zum **interkulturellen Kompetenzzuwachs** und zur Weiterentwicklung einer **Willkommenskultur für „Newcomer“** sind:

- Gesundheitswegweiser für Migrantinnen und Migranten,
- Allgemeiner Migrantenwegweiser,
- Internationales Frauencafé,
- Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge,
- Dolmetscherpool für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in- und ausländische Bürgerinnen und Bürger,
- Projekt „Interkulturelle Öffnung“,
- Organisation des Herkunftsprachlichen Unterrichts – HSU,
- Sprachfeststellungsprüfung.

Im **Freizeitbereich** soll das folgende Projekt die **interkulturelle Begegnung** fördern und Rassismus entgegenreten:

- Internationales Schwimmen in Kooperation mit einer kreisangehörigen Kommune im Südkreis.

## **Evaluation**

Alle Projekte werden in Bezug auf ihre Wirksamkeit regelmäßig evaluiert.

Systematisch beobachtet und evaluiert wird die **Kommunale Koordinierung** des Landesprogramms „Kein Abschluss ohne Anschluss“ hinsichtlich der Prozessmoderation über Zuständigkeiten und Rollen der am Übergang Schule – Beruf beteiligten Akteure und hinsichtlich der Umsetzung der Ziele (I Berufs- und Studienorientierung, II Berufsvorbereitung, III Berufsausbildung) durch die geschlossene Planungsvereinbarung des MAIS mit dem Kreis Euskirchen. Das **Kommunale Integrationszentrum** wird vom Land durch die Landesweite

Koordinierungsstelle der Kommunalen Integrationszentren (LaKI) unterstützt, zu deren Aufgaben u.a. die Organisation des Förderprogramm-Controllings gehört.

Das **Regionale Bildungsbüro** ist 2014 im Rahmen der landesweiten Evaluation der Regionalen Bildungsnetzwerke unter Federführung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung (MSW) analysiert worden.

### **Fragen zum Vortrag**

**Frage:** *Hat das Unternehmen Empirica die Themenfelder selbst ausgewählt?*

Die Indikatoren sind bereits von der seit 2007 bestehenden „Demografielinitiative“ des Kreises als zentrale Untersuchungsfelder identifiziert worden. Empirica hat diese nun komplett gefüllt. Die Daten sollen künftig jährlich für die Politik fortgeschrieben werden, federführende Organisationseinheit ist dabei das Team „Sozialplanung“ des KoBIZ.

**Frage:** *Wie sind die Sozialräume definiert worden?*

Aufgrund der - in Relation zu anderen Kreisen - geringen Einwohnerzahl der Kommunen sind diese jeweils als eigenständiger Sozialraum definiert worden – von Euskirchen mit seinen ca. 55.000 bis Dahlem mit seinen etwa 4000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

**Frage:** *Sind freie Träger beteiligt worden?*

Nein, beim Auftaktbericht noch nicht. Der Kreis wird dies aber sukzessive bei der Aufstellung des Inklusionsberichtes tun.

**Frage:** *Gibt es Kommunen, die Sozialberichterstattung betreiben haben?*

Nein, bislang haben die kreisangehörigen Kommunen keine eigene Sozialberichterstattung bzw. –planung als Querschnittsaufgabe vorgenommen, sie können die bestehenden Daten für eine kleinräumige Sozialraumanalyse jedoch gut übernehmen. In den größeren Städten, insbesondere in der Stadt Euskirchen, kann eine kleinräumigere Auswertung von Indikatoren (z.B. Stadtteile) ermöglicht werden, um eventuelle Konzentrationen von Problemlagen aufzudecken und wirksam gegen sie anzugehen.

Den Sozialbericht 2014 des Kreises Euskirchen finden Sie hier:

<http://www.kreis-euskirchen.de/kreishaus/downloads/sozbericht2014.pdf>

Den kompletten Powerpoint-Vortrag von Sabine Sistig finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_sistig.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_sistig.pdf)

### **Beitrag Margarethe Kubitz**

Zwei Beispiele für Planungsfelder aus dem Gesundheits- und Sozialwesen

### **Pflegebericht 2013 des Ennepe-Ruhr-Kreises**

Margarethe Kubitz vom Sachgebiet Gesundheits- und Sozialplanung im Fachbereich Soziales und Gesundheit des Ennepe-Ruhr-Kreises geht bei ihrer Präsentation des Pflegeberichtes 2013 kurz auf das Spannungsfeld zwischen den Rollen des Kreises als Aufsichtsbehörde einerseits und Kooperationspartner andererseits ein. Der Kreis wird als Dienstleister bzw. als Einmischer gesehen, je nachdem ob die Städte noch keine bzw. bereits eigene Vorstellungen haben. Die vom Kreis nach dem damaligen Landespflegegesetz eingerichtete Pflegekonferenz ist von Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden, der Wohlfahrtsverbände, von Ärztinnen und Ärzten und weiteren Beteiligten als Hilfe begrüßt worden; es findet eine engagierte Beteiligung statt. Auch der Pflegebericht als ein Teil der kreiseigenen Pflegekoordination, in der zudem Pflegeberatung und Pflegeplanung stattfindet, ist als Beispiel für eine Dienstleistung des Kreises nach „unten“ zur Bürgerin und zum Bürger und den Städten hin positiv aufgenommen worden.

Als Erfolgsfaktor bewertet Margarethe Kubitz den Handlungsdruck, der durch die im Gesetz festgeschriebene Berichterstattungspflicht entstanden ist.

Der Pflegeplanungsprozess ist vielfach durch wissenschaftliche Unterstützung verschiedener Institutionen bereichert worden, z.B. Ende der 90er durch das Landeszentrum Gesundheit (damals lögd NRW). Die Gesundheitsplanung wird

durch das Angebot des derzeitigen LZG NRW mit bspw. ca. 80 Indikatoren auf Kreisebene befördert. Die Kooperation mit der Bürgerschaft erfolgt in der Regel über Projekte.

Um die Pflegelandschaft darzustellen, hat der Kreis extern beauftragte Vorher-/Nachher-Analysen, Zahlen für Kosten-Nutzenanalysen, Casemanagement, Vergleiche mit anderen Kreisen und LWL-Zahlen herangezogen. Im Pflegebericht 2010 sind zusätzlich zur Analyse des Ist-Zustandes auch Prognosen und Empfehlungen erstellt worden.

Als Ergebnis des Prozesses nennt Margarethe Kubitza die Erkenntnis, dass Pflegekoordination eine eigene übergeordnete Stelle braucht und Pflegeberatungsstellen vor Ort nötig sind. Aus den Handlungsempfehlungen des Pflegeberichtes sind mittlerweile Projekte erwachsen: das Demenznetzwerk, Selbsthilfegruppen, Demenzberatungsangebote und Anlaufstellen für ältere Menschen.

### **Armutsbericht 2014 des Ennepe-Ruhr-Kreises**

Als zweites Beispiel für eine Sozialberichterstattung, diesmal zum komplexen Querschnittsthema Armut, erläutert Margarethe Kubitza das Vorgehen beim Armutsbericht 2014. Er ist auf Grundlage einer Kreisvorlage zu den Themen soziale Hilfen und Armutslagen entstanden. Hier mussten Indikatoren identifiziert werden, um Armutslagen von anderen Lagen abgrenzen zu können. Dabei hat sich die Sozialberichterstellerin für die Mindestsicherungsquote entschieden, denn Daten über Einkommensverhältnisse standen nicht zur Verfügung und der Bezug zu sozialen Hilfen aus der Kreisvorlage blieb damit am besten gewahrt. „Arm“ ist laut dieser Definition jeder, der abhängig von Arbeitslosengeld II, Zahlungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt sowie den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist. Außerdem wurden Bezieherinnen und Bezieher von Wohngeld berücksichtigt. Neu an dem Bericht ist gegenüber dem 1. Armutsbericht von 2010, dass diesmal Handlungsoptionen für die Kommunalpolitik mitentwickelt worden sind.

Bei der städtischen Politik ist das Thema, das der Kreis über verschiedene Publikationen und Vorträge in die Öffentlichkeit getragen hat, auf großes Interesse

gestoßen. „Wir hatten ja Zahlen für die einzelnen Städte, die uns so als Dienstleister wahrgenommen haben“, so Margarethe Kubitza.

Provokativ stellt die Sozialplanerin fest, dass der Kreis nun „Daten für Taten ... anderer?“ geliefert hat. Bis jetzt ist es bei der reinen Berichterstattung geblieben, es gibt keine gemeinsame Strategie der Armutsbekämpfung für den ganzen Kreis. Positiv bewertet sie, dass städtische Sozialplanerinnen und Sozialplaner und die Ausschüsse in den Städten aufgrund der vorliegenden Datenbasis nun eigene Fachberichte erstellen und so Handlungskonzepte für benachteiligte Quartiere erarbeiten und umsetzen könnten. Auch die Wohlfahrtsverbände haben den Bericht als Ergänzung zum eigenen DPWV-Armutsbericht zur Kenntnis genommen, der Kinderschutzbund nimmt die Daten als Grundlage für den eigenen Kinderarmutsbericht. Aufgrund dieser vielfältigen Rückmeldungen, sind in Zukunft eine engere Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden zur Armutsbekämpfung sowie eine Armutskonferenz vom Kreis geplant.

„Sozialmonitoring ist das Instrument, das jede Verwaltung braucht. Egal wie klein der Anfang sein mag.“ Dieses positive Resümee zieht Margarethe Kubitza am Ende ihrer Ausführungen. Denn analytische und bedarfsorientierte Untersuchungen haben den „Mehrwert“, Querschnittsthemen handhabbar zu machen, für Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten zu sorgen. Die Vorteile der Sozialberichterstattung fasst Margarethe Kubitza wie folgt zusammen:

LETZTE FRAGEN, 1)

**Die Gesundheits- und Sozialberichterstattung ist ein Baustein der Sozial- und Gesundheitsplanung ...**

Sie dient dazu,

- politisch motivierte Fragestellungen aufzunehmen und anhand von Fakten zu beantworten.
- Planungsprozesse der gesetzlich vorgeschriebenen öffentlichen Angebote zu unterstützen und damit zu gestalten helfen.
- Faktenwissen herzustellen.
- Sachlagen zu definieren.
- Fachlich begründete Handlungsoptionen zu präsentieren; sowohl aus dem Verwaltungswissen und den ausführenden Professionen, wie auch wissenschaftlich.

... Ist **ein** Instrument bei der Planung und Gestaltung verwaltungstechnischer Aufgaben. Es kommt auf die Institution an, wie dieses Instrument genutzt wird.

FACHBEREICH SOZIALES UND GESUNDHEIT  
GESUNDHEITS- UND SOZIALPLANUNG

Zur Frage, wo das Land NRW aus ihrer Sicht noch Unterstützung geben kann, präsentiert Margarethe Kubitzka in ihrem Vortrag vier erwünschte Hilfestellungen, die sie zusätzlich erläutert:

- Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen für die Kreise und Kommunen stärker aufbereitet werden, besonders was die unterschiedlichen Prognosemodelle angeht. Denn je kleinräumiger die Einheiten der Untersuchung sind, desto größer kann die Fehlerquote sein, wenn z.B. bundesweit erhobene Daten auf Kreis-, Stadt- bzw. Quartiersebene heruntergebrochen und deren Entwicklung für die Zukunft hochgerechnet werden soll.
- Wenn das Land vom Kreis eine stärkere Sozialraumorientierung wünscht, sollen auch Mittel zum Aufbau einer Gebietseinteilung auf Basis statistisch sinnvoller und georeferenzierter Daten zur Verfügung gestellt werden, in der z.B. auch Straßenzüge betrachtet werden können.
- Integrierte Sozialplanung soll als probates Mittel zur Steuerung besonders bei sich global auswirkenden Querschnittsthemen wie Inklusion, Armut, Demografie und Zuwanderung stärker in die Politik hineingetragen werden – auch um Sozialplanern den Rücken gegen Vorbehalte (Einmischung, Hierarchie-Probleme) von Fachplanern zu stärken. Aber auch die jeweiligen Alleinstellungsmerkmale sowie Schnittstellen von Integrierter Sozialplanung und Fachplanung zu verdeutlichen.
- Dazu soll auch das Schnittstellenmanagement der Landesministerien untereinander gestärkt werden.

## Diskussion

**Frage:** *Wie sehen Sie die Rolle des Ennepe-Ruhr-Kreises in Bezug auf die Sozialplanung in den Städten?*

Wir haben eine Dienstleistung im Definitionsbereich geliefert. Positiv ist aufgefasst worden, dass durch die Definition von Armut über die Mindestsicherung eine Armutsbekämpfung handhabbar geworden ist, denn die Menschen sind ja bereits im System erfasst und deshalb leichter erreichbar. Jede Stadt kann nun eine Umsetzung mit diesen Zahlen für sich leisten. Es gibt noch keinen eigenen Armutsbericht einzelner Städte, denn nur dadurch könnte Armut im Quartier bekämpft werden.

Diese Frage löst einen Austausch darüber aus, dass jeder Kreis andere Indikatoren für den jeweiligen Untersuchungsgegenstand für aussagekräftig hält, eigene Definitionen für Armut, Sozialraum usw. nutzt, jeweils andere Methoden und Instrumente an verschiedenen Stellen im Sozialplanungsprozess einsetzt und sich bei verschiedenen Institutionen wie der Bertelsmann Stiftung, beim Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) in Bochum, beim Institut für soziale Arbeit (ISA) in Münster u.a. bedient. Die Workshop-Teilnehmenden sind sich einig, dass eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Sozialraumanalysen jedoch nur auf der Basis zuvor festgelegter einheitlicher Indizes und Definitionen möglich ist. Von Seiten des MAIS wird darauf hingewiesen, dass die Definitionen von Begriffen wie Sozialraum, Quartier, integriertes Handlungskonzept usw. im Handbuch des MAIS - „Moderne Sozialplanung“ - als Orientierungshilfe dienen können – auch wenn den Kreisen aufgrund ihrer Heterogenität von Seiten des MAIS keine einengenden Vorgaben gemacht werden sollen.

Können Kreisdaten auf ein kleinräumiges Stadt-Quartier heruntergebrochen werden, und wenn ja, wie? Wie wichtig ist der Sozialraum für den Kreis überhaupt? Wie kleinräumig wollen sich die Gemeinden betrachten lassen? Diese Fragen zur Kooperation zwischen Kreis und Kommunen werden ergebnisoffen diskutiert. Wichtig ist aber der Mehrheit, die Städte und Gemeinden noch vor der Sozialberichterstattung der Kreise zu beteiligen: „Wir müssen alle Partner an einen Tisch holen, um gemeinsam die Datenbasis zu stemmen und darüber die

Akzeptanz der Methoden und Ergebnisse bei allen Akteuren zu erreichen, mit denen wir uns dann auf den Weg machen können“, formuliert es eine Kreisvertreterin. Vereinzelt gibt es auch Stimmen, die einwenden, dass es nicht Aufgabe des Kreises ist, die Kommunen von vornherein einzubinden, sondern in erster Linie der Politik Daten an die Hand zu geben, auf deren Grundlage diese dann ihre politischen Entscheidungen trifft. Die Mehrheit stellt jedoch heraus, dass vor allem die Quartierseinteilung für kleinräumige Sozialraumanalysen nur im Dialog mit den Kommunen vor Ort zu bekommen ist. Dies ist vor dem Hintergrund der Quartiersförderung durch die EU-Strukturfonds besonders wichtig, denn diese richtet sich ausschließlich an Städte, die zuvor sozial benachteiligte Quartiere identifiziert haben. Von Seiten des MAIS wird an dieser Stelle noch einmal auf die für 2015 geplante und aus ESF-Mitteln finanzierte Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung hingewiesen, die kostenlose Beratung für die Kommunen in allen Fragen rund um die Sozialplanung und Beantragung von Fördermitteln leisten soll.

Es kann festgehalten werden, dass die Teilnehmenden sich vom Land mehr praxisorientierte Hilfen zum Erstellen von Sozialraumanalysen und zum Aufbau eines kontinuierlichen Sozialmonitorings sowie mehr Unterstützung dabei wünschen, die moderne Sozialplanung als Querschnittsaufgabe in den Köpfen aller beteiligten Akteure zu verankern. Besonders die kommunalen Spitzenverbände wie der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund sollen stärker mit ins Boot geholt werden, um mehr Verbindlichkeit „von oben“ zu bekommen. Konstruktiver Austausch, Transparenz, Offenheit für Neues, vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der eigenen Behörde und mit Akteuren von außerhalb auf anderen Handlungsebenen – nur unter diesen Voraussetzungen, darin stimmen die meisten überein, ist eine integrierte Sozialplanung mit dem Ziel der Armutsbekämpfung umsetzbar.

Den Pflegebericht 2013 und den Armutsbericht 2014 des Ennepe-Ruhr-Kreises finden Sie hier:

*<http://www.enkreis.de/Pflegebericht.1476.0.html>*

*[http://www.enkreis.de/uploads/media/Armutsbericht\\_Ennepe\\_Ruhr\\_Kreis\\_2014.pdf](http://www.enkreis.de/uploads/media/Armutsbericht_Ennepe_Ruhr_Kreis_2014.pdf)*

Die kompletten Powerpoint-Vorträge finden Sie hier:

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_kubitza.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_kubitza.pdf)

[http://www.mais.nrw.de/04\\_Soziales/4\\_Soziales\\_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag\\_kubitza\\_teilll.pdf](http://www.mais.nrw.de/04_Soziales/4_Soziales_Netz/sozialbericht/fachveranstaltung141114/beitrag_kubitza_teilll.pdf)







Herausgeber  
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Fürstenwall 25  
40219 Düsseldorf  
Fax 0211 855-3211  
info@mais.nrw.de

[www.mais.nrw.de](http://www.mais.nrw.de)

Foto  
Copyright: Shutterstock.com/Spectral-Design

Druck  
Hausdruck

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom  
Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der  
vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, März 2015

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift der Empfängerin oder dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Ministerium für Arbeit,  
Integration und Soziales  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Fürstenwall 25, 40219 Düsseldorf  
Fax 0211 855-3211  
[info@mais.nrw.de](mailto:info@mais.nrw.de)  
[www.mais.nrw.de](http://www.mais.nrw.de)